

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/26

9. Februar 1976

Am Wähler wurde vorbeentschieden!

Niedersachsen ist für die SPD keine verlorene Wahl  
Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Sozialausschüsse mit dem Rücken an der Wand

Wiederholt Kohl in der Mitbestimmung seine Düsseldorfer  
Wendung?  
Seite 3 / 45 Zeilen

Europaparlament: "Die Stimme Europas"

Willy Brandts großer Erfolg beim Brüsseler Kongreß  
Seite 4 und 4a / 56 Zeilen

Die Hohen Schulen und der Arbeiter

Eine Aufgabenlücke muß rasch aufgefüllt werden  
Von Hans Preiß  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall  
Seite 5 und 6 / 86 Zeilen

Die CSU mißbraucht auch den Sport

Ski-WM 1976 in Garmisch war nie gefährdet  
Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter  
in der SPD-Bundestagsfraktion  
Seite 7 und 8 / 58 Zeilen

**Am Wähler wurde vorbeentschieden!**

---

**Niedersachsen ist für die SPD keine verlorene Wahl**

Der niedersächsische Landtag hat in geheimer Abstimmung dem CDU-Abgeordneten Dr. Ernst Albrecht bei der Wahl zum Ministerpräsidenten die Mehrheit gegeben. Dieses Ergebnis muß man akzeptieren. Was dieses Ereignis allerdings so beklemmend macht, ist die Art, in der es zustande gekommen ist. Hier wurde aus dem Dunkel heraus agiert. Hier wurde nicht in offener Feldschlacht mit Argumenten gefochten, sondern unter der Tarnkappe der Anonymität. Gegen einen solchen Gegner ist schwer zu kämpfen. Allerdings, auch ein Gegner mit Tarnkappe ist nicht unverletzlich. Im niedersächsischen Landtag ist zumindest klar geworden, wohin seine Stoßrichtung geht. Es galt, das sozial-liberale Bündnis in Bonn zu treffen. Die Wahl eines Ministerpräsidenten, des Mannes also, der die Hauptverantwortung für Wohl und Wehe des Landes zu tragen hat, wurde zu einem offenbar von langer Hand vorbereiteten Coup mißbraucht. Eine andere Erklärung ist nach den Ereignissen der vergangenen drei Wochen nicht mehr zu finden, und derjenige, der sich von einer solchen Vermutung zu unrecht getroffen fühlt, der möge seine wahren Beweggründe offenbaren. Die Öffentlichkeit, die Wähler in Niedersachsen haben darauf ein Anrecht.

Die SPD in Niedersachsen und ihr Spitzenkandidat Karl Ravens hatten alle denkbaren landespolitischen und personellen Gründe im Vorfeld der Entscheidung ausgeräumt. Dies macht noch mehr deutlich, daß vom hannoverschen Landtag aus das sozial-liberale Bündnis in Bonn ins Wanken gebracht werden sollte. Dies wird ganz sicher nicht gelingen. Nicht den Sozialdemokraten oder den Freien Demokraten wurde hier Schaden zugefügt, sondern im Grunde der Demokratie. Der Wähler, der sich 1974 in Niedersachsen für eine sozial-liberale Regierung entschieden hatte, wird sich fragen, was seine Entscheidung eigentlich wert ist, wie schon 1972, als der Versuch, mit Hilfe einiger Überläufer eine Bundesregierung aus den Angeln zu heben, mißlang, wird auch diesmal wieder die böse Frage gestellt werden, was Abgeordnete wert sind, die den vom Wähler erhaltenen Auftrag plötzlich in sein Gegenteil verkehren. 1972 hat der Wähler den Urhebern einer solchen Entwicklung die Quittung erteilt. Schon deshalb geht aus den niedersächsischen Ereignissen auch keine geschlagene SPD hervor: Sie hat keine Wahlschlacht verloren. Selbstverständlich waren die Abgeordneten der Koalition enttäuscht und vielleicht auch zornig. Aber die sozialdemokratische Fraktion vermittelte auch nach der Wahlentscheidung eher den Eindruck, als habe sie sich in der Entschlossenheit zusammengefunden, jetzt erst recht zu kämpfen.

Im niedersächsischen Landtag wird sie Gelegenheit haben, die von Dr. Albrecht eingeschlagene Politik mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, zu werten und zu prüfen, ob sie für das Land Niedersachsen die notwendigen Impulse und Verbesserungen bringen kann. Solange der neue Ministerpräsident sich in seiner Regierungsarbeit auf ein paar Dunkelmänner stützen muß, wird er es mehr als schwer haben. Der Landtag wird es kaum zulassen,

daß an ihm vorbeiregiert wird. Für die, die bei der Ministerpräsidentenwahl in Niedersachsen die Fäden gezogen haben, ist Niedersachsen und sind die Interessen der niedersächsischen Bevölkerung offensichtlich Nebensache. Ihr Interesse ist auf Bonn gerichtet. Dies ist aber nicht das Fundament, auf dem eine Landesregierung ihre Politik gründen könnte, die in erster Linie den Bürgern im Lande zu dienen hat.

Mitverantwortung wird die neue Landesregierung auf dem Weg über den Bundesrat auch für bundespolitische Entscheidungen tragen müssen. Hier steht dem neuen Ministerpräsidenten mit der Haltung zu den Polen-Verträgen schon in Kürze eine schwere Entscheidung bevor, die zur Nagelprobe werden wird. Die Verträge liegen auf dem Tisch. Er ist hier gefordert, für das Land ein klares Ja oder Nein zu sagen. Es wäre für Dr. Albrecht, aber auch für Niedersachsen beschämend, wollte er diese Frage von historischer Bedeutung zum Handelsobjekt für Koalitionen herabwürdigen. Er muß sagen, ob er zulassen will, daß in einer solch entscheidenden nationalen Frage im Grunde drei Dissidenten ohne jede Legitimation den Ausschlag für das Ja oder Nein geben. Dies müßte dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland schweren Schaden zufügen. Die Sozialdemokraten werden entschlossen dafür kämpfen, um diesen Schaden abzuwenden. Sie werden dabei ohne Zweifel mit der FDP an einem Strang ziehen. So könnte der Schuß aus dem Dunkel in Hannover auch in die falsche Richtung gehen und auf seine Aualößer zurückprallen.

Die Bevölkerung hat ein sicheres Gespür für Offenheit und Ehrlichkeit in der Politik. Dies weiß auch die CDU, die nun bemüht ist, Gewissensfreiheit für die drei Dissidenten zu reklamieren. Gewissensfreiheit ist selbstverständlich. Die Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten ist zu achten. Zu dieser Gewissensentscheidung gehört jedoch auch die selbstverständliche Pflicht, sich öffentlich zu seiner Entscheidung zu bekennen und sich vor seinen Wählern zu verantworten. Wer glaubte, mit seinem Gewissen eine sozial-liberale Regierung in Hannover nicht mehr vereinbaren zu können, der hätte dies seinem Mandanten, dem Wähler, offen sagen müssen. Wer dem Wähler diese Wahrheit vorenthält und auf ein solches Spiel eine Landesregierung baut, wird deshalb schon bald merken, daß er auf Sand gebaut hat.

Für die SPD besteht kein Grund zur Niedergeschlagenheit. Die Landtagsfraktion in Niedersachsen und ihr Spitzenkandidat haben alles Menschenmögliche getan, um eine andere Entscheidung herbeizuführen. Nicht der Wähler hat ihnen eine Absage erteilt. Sein Votum aber ist das allein Entscheidende.  
(-/9.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

### Sozialausschüsse mit dem Rücken an der Wand

---

Wiederholt Kohl in der Mitbestimmung seine Düsseldorfer Wendung?

In der Mitbestimmungsfrage bietet die Opposition derzeit ein Bild, das förmlich zur Analyse herausfordert: Scheinbar unversöhnliche Fronten zwischen den Sozialausschüssen einerseits und dem CDU-Wirtschaftsrat auf der anderen Seite, ein Generalsekretär, der die günstigste taktische Linie sucht, und ein Parteivorsitzender, der sich noch bedeckt hält, charakterisieren den "Spielstand". Hat die Opposition plötzlich die Lust zur Diskussion überkommen, oder geht es den Sozialausschüssen mal wieder um den bloßen Erhalt eines Bodensatzes an Glaubwürdigkeit?

Vehement hatte vor wenigen Tagen der CDU-Wirtschaftsrat gegen den Mitbestimmungsentwurf der Bundesregierung Front gemacht. Um die Darstellung der Opposition in der Öffentlichkeit bewußt, begann CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf an einer taktischen Linie zu basteln, die den Konfliktstoff zuerst einmal in die sozialliberale Koalition verlagern helfen und der Opposition Zeit verschaffen sollte, sich erneut aufzubauen.

Den Sozialausschüssen ist dies zu wenig. Wohl wissend, daß es für sie jetzt um die Wurst geht, attackierten sie am Wochenende den Wirtschaftsrat. Denn der Kampf gegen eine erweiterte Mitbestimmung, die zwar nicht alle gewerkschaftlichen Vorstellungen aufgenommen hat, aber dennoch von den Arbeitnehmerorganisationen in der Praxis getragen wird, würde für sie tödlich werden. Die Sozialausschüsse stehen also mit dem Rücken an der Wand. Dieses Vorgehen verrät die Handschrift des Hauptgeschäftsführers der Sozialausschüsse, Albrecht Hasinger. Er gerät mit seiner Strategie aber auch dem CDU-Generalsekretär Prof. Biedenkopf ins Gehege, der den ganzen Komplex lieber hinter verschlossenen Türen abgehandelt hätte. Die Politik der "verschlossenen Türen" ist den Sozialausschüssen jedoch nie gut bekommen. Allzu oft mußten sie dabei so zurückstecken, bis nichts mehr von der Programmatik der Sozialausschüsse übrig blieb. Hans Ketzner wüßte sicher davon ein Lied zu singen.

So läuft die Diskussion um die Mitbestimmung in der Opposition auf den Kanzlerkandidaten, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, zu. Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat weckt in dieser Frage wenig erfreuliche Erinnerungen. Auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU im Jahre 1972 schlug er sich in der Mitbestimmung unerwartet auf die Dreggersche Linie, sehr zum Leidwesen der geplagten Sozialausschüsse. Dem heutigen Kanzlerkandidaten wird noch in den Ohren klingen, was ihm ein Sozialausschüssler ob seines Verhaltens im Scheinwerferlicht zurief: "Herr Kohl, für wie dumm halten Sie uns eigentlich?" Steht wieder eine "Düsseldorfer Wendung" bei Kohl bevor? Das politische Gewicht des Wirtschaftsrates würde diese Vermutung nahelegen. Das nach der niedersächsischen Ministerpräsidenten-Wahl gestiegene Selbstbewußtsein Dr. Kohls gibt der Vermutung noch Schliff.

Die Koalition wird dem mit Gelassenheit folgen können. Sie geht von der Gewißheit aus, daß ihre eigenen Abänderungsentwürfe fristgerecht eingearbeitet werden können. Der Grundkonsens in der Mitbestimmung ist nach der Einigung im Dezember nirgendwo in Frage gestellt worden. Was jetzt noch fraglich ist, berührt einzig und allein die Opposition.

Klaus Vater  
(-/9.2.1976/ve/e/pr)

-----  
Europaparlament: "Die Stimme Europas"  
-----

Willy Brandts großer Erfolg beim Brüsseler Kongreß

Die europäische Einigungspolitik hat starken Auftrieb erhalten. Der dreitägige Kongreß der Europäischen Bewegung in Brüssel wurde in der deutschen Öffentlichkeit leider durch die Ereignisse von Hannover überschattet. Dabei hat dieser Brüsseler Kongreß mit seinen rund 1000 Teilnehmern aller politischen Richtungen aus allen westeuropäischen Ländern Zeichen gesetzt, die für Europa rundum erfreulich sind. Dies ist vor allem dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zu verdanken; auch die CDU-Delegierten mussten in Brüssel zugeben, dass Brandts Rede das überragende politische Ereignis dieser europäischen Mammutveranstaltung war. Der SPD-Vorsitzende erzielte auf dieser internationalen Bühne nicht nur einen großen Erfolg für sich und seine Partei, sondern für die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ganz Europas. Indem er seine Kandidatur für die Direktwahl zum Europäischen Parlament im Mai/Juni 1978 anmeldete, demonstrierte er das Engagement seiner Partei für ein demokratisches und soziales Europa. Gleichzeitig gab er dem Europa-Parlament schon heute mehr Ansehen und größere Attraktivität. Willy Brandt liess keinen Zweifel daran, dass sich ein direkt gewähltes Europa-Parlament mehr Rechte erkämpfen werde.

Seine Aufforderung an die anderen demokratischen Politiker, ebenfalls ihre europäische Kandidatur anzumelden, fand in Brüssel leider kein Echo. Vor allem der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl ging auf Brandts Appell mit keinem Wort ein; er gab in Brüssel - dies wurde vor allem von seinen eigenen Parteifreunden bedauert - auch insgesamt eine äußerst blasse Vorstellung. Der CDU-Kanzlerkandidat kam in seiner Rede über bekannte europäische Allgemeinplätze nicht hinaus. Seine anti-kommunistischen Äußerungen wurden vor diesem internationalen Forum als deplaziert empfunden. Überhaupt hat der Brüsseler Kongreß gezeigt, dass die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien die Führungsrolle in der EG innehaben. Die konservativen Parteien gaben entweder schwache Erklärungen ab, oder sie waren gar nicht vertreten. Auch zu der mit Spannung erwarteten Auseinandersetzung mit den italienischen

und französischen Kommunisten konnte es nicht kommen, weil deren Führungsmannschaft zu Hause geblieben war.

Hauptgegenstand des Kongresses war der Bericht des belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans über die Europäische Union. In der mit einer Neunzehntel-Mehrheit angenommenen Erklärung begrüßt der Kongreß das europäische Aufbauprogramm dieses Berichts, allerdings gab es auch manch kritische Äußerungen, vor allem von dem französischen Sozialistenführer Mitterrand; er vermißte konkretere Aussagen über die Rolle der Arbeitnehmer, die multinationalen Unternehmen, eine europäische Regionalpolitik; ferner kritisierte er die Vorstellungen über eine europäische Verteidigungspolitik im Tindemans-Bericht. Die französischen Sozialisten stimmten daher gegen die Resolution, der Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG enthielt sich der Stimme.

Allgemeine Übereinstimmung bestand in Brüssel darüber, dass das Europäische Parlament 1978 direkt gewählt und mit echten Befugnissen ausgestattet werden soll. Dieses Parlament müsse dann "die Stimme Europas und eine permanente Konstituante Europas" werden, wie Willy Brandt es unter allgemeinem Beifall formulierte.

Man darf nun gespannt sein, wie die Staats- und Regierungschefs der neun EG-Länder auf ihrem nächsten Gipfeltreffen Anfang April auf die Forderungen des Brüsseler Kongresses reagieren, der ohne Zweifel den Wunsch der europäischen Völker nach Weiterführung der Integrationspolitik zum Ausdruck gebracht hat.

Egon C. Heinrich  
(-/9.2.1976/va/e/pr)

+ + +

## Die Hohen Schulen und der Arbeiter

---

Eine Aufgabenlücke muß rasch aufgefüllt werden

Von Hans Preiß

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

In seinem kurzen Abriß der Nationalökonomie sagt Kurt Tucholsky: "Und dann gibt es auch noch Arbeiter und Angestellte. Doch sind selbige in der neueren Theorie längst fallen gelassen worden." Zu der Prüfung, ob dieses Wort auch heute noch Gültigkeit hat, waren von der Friedrich-Ebert-Stiftung Wissenschaftler aus fast allen Hochschulen und Gewerkschafter aus Betrieben und den Einzelgewerkschaften an einen Tisch gebeten worden. Willy Brandt, Heinz Oskar Vetter und Helmut Rohde wiesen eindringlich auf eine stärkere Verbindung zwischen Hochschule und Arbeitswelt hin. Sowohl in Oldenburg und Bremen als auch im Bereich der IG Metall gab es Versuche, eine stärkere Kooperation zwischen den Gewerkschaften bzw. der Arbeiterkammer und der Hochschule zu praktizieren.

Fazit der Erkenntnisse ist die Tatsache, daß es im Studien- und Forschungsbetrieb der Hohen Schulen an der Behandlung der Probleme der Arbeitnehmer und ihrer Arbeitswelt mangelt. Initiatoren solcher Aktivitäten - so wichtig dies auch sein mag - waren aber immer Persönlichkeiten, die ohnehin einen Kontakt zu den Gewerkschaften hatten. Die Institution Universität nimmt sich dieser Probleme - bis auf die erwähnten Ausnahmen - noch nicht an. Das ist aus der Sicht der Gewerkschaften bedauerlich. Denn während die Hochschule sich bereitwillig der Wirtschaft, dem Management und den sogenannten Führungskräften öffnet, erschwert sie mit Zertifikaten und mangelnden Angeboten den Arbeitern und Angestellten, den Gewerkschaften, den Betriebsräten und Vertrauensleuten den Zugang. Offenbar besteht da ein Zusammenhang mit den Zuwendungen der Unternehmer und ihrer Verbände an die Hochschulen.

Das Gefizit der Hochschulen an Problemstellungen aus der Arbeitswelt läßt sich an einem interessanten Beispiel belegen. Als die IG Metall vor einigen Jahren begann, ein Modellprojekt zur Betriebsräteschulung mit erstmaliger finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durchzuführen, machte es große Mühe, geeignete Mitarbeiter für die wissenschaftliche Begleituntersuchung zu finden. Zwar gibt es Spezialisten für die Erwachsenenbildung, nicht aber für Arbeiterbildung. Solidarität und Mitbestimmung als Gegenstand pädagogischer Forschung ist an den Hochschulen - sieht man von einigen Ausnahmen ab - offenbar fremd. In den herrschenden Theorien der Erwachsenenbildung hat die Weiterbildung unserer Betriebsmitglieder, Jugendvertreter und Vertrauensleute noch keine ausreichende Berücksichtigung gefunden. Allzu bereitwillig klammern auch die Exponenten der Erwachsenenpädagogik die politische Bildung aus ihren Überlegungen aus.

Was ist dagegen zu tun? Langfristig wird viel von einer engeren Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften abhängen. Ansätze dazu hat es in den letzten Jahren mehrfach gegeben. Für die IG Metall ist in diesem

Zusammenhang der Kooperationsvertrag zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall von besonderer Bedeutung. Mit Paragraph 2 dieser Vereinbarung bekräftigen die Ruhr-Universität Bochum und die IG Metall ihr gemeinsames Interesse an einer zukunftsweisenden Bildungsarbeit und Bildungspolitik: "Sie sind an einer verstärkten Hinwendung der Wissenschaft zu Problemen interessiert, die sich aus den Lebensverhältnissen der abhängig Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen im Betrieb sowie unmittelbar am Arbeitsplatz ergeben".

Dieser Kooperationsvertrag kann ein Beispiel künftiger Zusammenarbeit sein, und dies schon deshalb, weil relevante Entscheidungsgremien auf beiden Seiten die Träger der Kooperation sind. Zu den Projekten, die auf der Grundlage dieses Vertrages noch im Jahre 1976 verwirklicht werden, gehört die Veranstaltung von Ringvorlesungen, die für Studenten aller Fachrichtungen, für Gewerkschaften und für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich sein sollen. Mit Problemen der Aus- und Weiterbildung wird sich ein ständiger Arbeitsausschuß beschäftigen. Er hat den Auftrag, Beiträge zur bildungspolitischen Entwicklung zu leisten. Ein weiterer Arbeitsausschuß, der eng mit der Abteilung Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität zusammenarbeitet, wird die Beziehungen von Arbeitnehmerschaft und Gesellschaft untersuchen. Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Instituts für Sozialrecht der Ruhr-Universität sind ebenso vorgesehen wie Informationsseminare über Probleme der Technostrukturen und ihre Auswirkungen auf die abhängig Beschäftigten. Hier soll der Versuch einer interdisziplinären Zusammenarbeit unternommen werden.

Desalles sind zunächst nur Anfänge, bescheidene Anfänge. Sie können aber dazu beitragen, die Kluft zwischen Hochschule und Gewerkschaften zu verringern. Die stärkere Verzahnung von Hochschule und Arbeitswelt kann ebenfalls dazu führen, daß Theorie und Praxis auf einer neuen Ebene zusammengeführt werden. Die Gewerkschaften gehen nicht mit leeren Händen in einen solchen Austausch. Sie wissen: Theorie ohne Praxis ist wirkungslos, Praxis ohne Theorie bleibt richtungslos.

Es gilt aber darauf hinzuweisen, daß das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht so einfach zu gestalten sein wird, daß künftig die Hochschule ausschließlich für die Theorie und die Gewerkschaften ausschließlich für die Praxis kompetent sind. Ein solches Verständnis würde einer möglichen Zusammenarbeit einen falschen Akzent geben. Denn die wissenschaftlich fundierte Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung war und ist eine unverzichtbare Waffe in der wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung. Diese Waffe ist in vielen Generationen geschmiedet worden. Die Wissenschaft kann sich das praktische und theoretische Erbe nicht aus toten Büchern aneignen. Dazu braucht es die lebendige Aussprache. Diese Aussprache organisiert zu haben, ist das große Verdienst der Friedrich-Ebert-Stiftung. Als Fazit dieser Tagung bleibt: Keiner der Beteiligten versuchte, dem anderen ein fertiges Rezept zu suggerieren. Das ist ein Signal für weitere Gespräche. Man spart dabei einen Haufen Papier.

(-/9.2.1976/ve/e/pr)



Die CSU mißbraucht auch den Sport  
-----

Ski-WM 1978 in Garmisch war nie gefährdet

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer  
Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion

Der CSU ist jedes Mittel recht, um die Bundesregierung zu diskreditieren und ihr vorzuwerfen, sie benachteilige angeblich Bayern. Entgegen Be-  
teuerungen der CSU-Politiker, sie wollten den Sport aus dem tagespolitischen  
Streit heraushalten, wird aber auch dieser Bereich für parteitaktische  
Manöver ausgeschlachtet.

Wie vielgletsig die CSU bereits in der Vorwahlzeit zu "fahren" hofft,  
offenbarte sich vor kurzem im Zusammenhang mit der für 1978 in Garmisch-  
Partenkirchen geplanten Ski-Weltmeisterschaft. Aus heiterem Himmel geister-  
te durch die deutsche Sportpresse die Hiobsbotschaft, diese Ski-WM sei ge-  
fährdet, weil die Bundesregierung ihre finanziellen Versprechungen nicht  
einhalte. Initiator der völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung war der  
Garmischer CSU-Bürgermeister Meidlinger, der im Organisationskomitee Ski-WM  
1978 für die Finanzen zuständige Mann.

Ohne Absprache mit dem Ersten Bürgermeister der Marktgemeinde Garmisch-  
Partenkirchen, Philip Schumpp, verführt von durchsichtigem parteipolitischen  
Übereifer, ließ Meidlinger die Vorwürfe gegen Bonn vom Stapel. Sogar CSU-  
Vorsitzender Franz Josef Strauß wurde "eingesetzt", der sich brieflich an  
den Bundesinnenminister wenden würde. Hinweise für diese Behauptungen gab  
es nicht einmal andeutungsweise, wie ein kurze Zeit später in Bonn geführtes  
Gespräch zwischen dem Bundesinnenministerium und Vertretern der Markt-Ge-  
meinde Garmisch-Partenkirchen erneut bestätigte.

Aus vermeintlichen parteipolitischen Vorteilen hatte der CSU-Bürger-  
meister riskiert, nicht nur dem Organisationskomitee und seiner Gemeinde  
einen fragwürdigen Dienat zu erweisen, sondern darüber hinaus auch das gute  
Einvernehmen zwischen dem Bundesinnenministerium und Vertretern der Markt-

gemeinde zu gefährden. Von diesem guten Einvernehmen zwischen den Verhandlungspartnern konnte ich mich mehrmals überzeugen. Gemeinsam mit Bürgermeister Schump und anderen Vertretern der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen setzte ich mich in mehreren Gesprächen mit dem BMI für die Ski-Weltmeisterschaft in Garmisch ein und von Anfang an bestand im Innenministerium die Bereitschaft, die Durchführung der WM nach besten Kräften zu unterstützen.

Von der erklärten Zusage, bei der Finanzierung der Weltmeisterschaft einen Anteil der Kosten bis zur Höhe von fünf Millionen DM - bis zu 40 vH der Baukosten und bis zu 50 vH der Organisationskosten - zu tragen, ist das Bundesinnenministerium niemals abgerückt. Diese Zusicherung bestand bereits vor der Abgabe der Bewerbung um die Weltmeisterschaft durch Garmisch-Partenkirchen. Da das Land Bayern sich in gleicher Höhe wie der Bund an der Finanzierung beteiligen will und der Markt Garmisch-Partenkirchen daneben einen Betrag von zwei Millionen DM aufbringen kann, müßte nach Ansicht des Bundesinnenministeriums bei einem ungedeckten Finanzierungsbetrag von insgesamt 12 Millionen DM die Finanzierung der Weltmeisterschaft gesichert sein. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Dr. Jürgen Scheude, bestätigte ausdrücklich, daß bei der Anerkennung der Zuwendungsfähigkeit vereinzelt aufgetretene Schwierigkeiten weitgehend ausgeräumt sind. So ist die Zuwendungsfähigkeit der Baukosten für zwei vorgesehene Lifte in Höhe von 2,016 Millionen DM als auch der Kosten der für 1977 vorgesehenen Generalprobe anerkannt.

Wegen einer Senkung der Aufenthaltskosten der WM-Teilnehmer laufen zur Zeit noch Verhandlungen zwischen dem Deutschen und dem Internationalen Ski-Verband. Über die Zuwendungsfähigkeit dieser Kosten kann erst nach Abschluß des FIS-Kongresses Mitte Februar entschieden werden. Doch auch in dieser Frage sind Schwierigkeiten im wesentlichen ausgeräumt, denn die Argumentation des DSV, des Marktes Garmisch-Partenkirchen und des Organisationskomitees ist grundsätzlich anerkannt worden. Eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kurhaus-Erweiterung in Garmisch-Partenkirchen kann nach dem derzeitigen Stand allerdings nicht in Aussicht gestellt werden, weil die Zweckbestimmung der zur Verfügung stehenden Sportförderungsmittel damit nicht vereinbar wäre.

(-/ 9.2.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller